



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Historisches Rathaus – 50667 Köln

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln

Historisches Rathaus  
50667 Köln

Tel: 0221-221 259 70  
Fax: 0221-221 265 74

[www.fraktion.cdu-koeln.de](http://www.fraktion.cdu-koeln.de)  
[cdu-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:cdu-fraktion@stadt-koeln.de)

An den  
Vorsitzenden des Rates

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 06.12.2011

**AN/2217/2011**

**Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

| Gremium | Datum der Sitzung |
|---------|-------------------|
| Rat     | 20.12.2011        |

**Sanierung der Schulen weiter vorantreiben**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 20.12.2011 zu setzen:

**Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle wesentlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kölner Schulen zeitnah in einen deutlich besseren Zustand versetzt werden:

1. Der Stadtdirektor wird aufgefordert, der Politik kurzfristig die im August 2011 im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft von ihm angekündigte Vorlage vorzulegen, in der es um die Beschleunigung der Projektsteuerung von Bauvorhaben nach VOB geht.
2. Der Rat beschließt, die Verwaltung möge prüfen, ob bei der Gebäudewirtschaft wegen zahlreicher Sonderprojekte Stellen zugesetzt werden können. Hierzu ist dem Rat kurzfristig eine qualifizierte Auskunft vorzulegen.
3. Der Stadtdirektor wird gebeten, ein Konzept vorzulegen, wie die kurzfristige Besetzung möglicher neuer ebenso wie künftig frei werdender Stellen mit qualifiziertem Personal sichergestellt werden kann. Die personalwirtschaftlichen Instrumente sind den Erfordernissen anzupassen.
4. Der Rat beschließt, dass die Verwaltung der Politik künftig in knapper, übersichtlicher Form – beispielsweise als Tabelle - darstellt, welche Auswirkungen sich aus dem Beschluss zur Aufnahme der Planung einer Baumaßnahme für sämtliche Bereiche der Verwaltung ergeben.

5. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rat zeitnah einen Bericht über den Umfang der erbrachten Reinigungsleistung in den Kölner Schulen – insbesondere in den Klassenräumen und Toiletten – vorzulegen. Weiterhin soll sie eine Zufriedenheitsabfrage an den Schulen durchführen und dem Rat spätestens bis zum Frühjahr 2012 deren Ergebnis vorlegen.

### **Begründung:**

„Stadt ließ ihre Schulen verkommen – Sanierung wurde jahrzehntelang versäumt“ titelte Ende November der Kölner Stadt-Anzeiger und berichtete über den miserablen baulichen Zustand vieler Kölner Schulen sowie deren unzureichende Reinigung.

Verwaltung und Politik sind gefordert, endlich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle Schulgebäude zeitnah in einen respektablen Zustand versetzt werden.

Die Belastbarkeitsgrenze der Gebäudewirtschaft ist durch vielfältige Sonderprojekte – darunter Konjunkturpaket II, Toilettensanierungsprogramm, Bildungslandschaft Altstadt/Nord, Sanierungen und Neubauten im Bereich Feuerwehr und Sanierung mehrerer Museen – längst überschritten. Alle genannten Sonderprojekte sollen „on top“ – also ohne zusätzliches Personal!“ – umgesetzt werden. Darunter leiden die Qualität der Arbeit und die „normalen“ Aufgaben der Gebäudewirtschaft.

Die Einrichtung zusätzlicher Stellen ist unumgänglich. Eine Befristung auf zwei Jahre ist wegen dann ständig wechselnder Projektzuständiger und aufgrund der langen Einarbeitungszeit durch die Komplexität der Aufgaben nicht sinnvoll.

Wesentlich schneller und qualitätvoller lassen sich die neu zuzusetzenden wie auch künftig vakant werdende Stellen besetzen, wenn die personalwirtschaftlichen Instrumente den Erfordernissen angepasst werden:

Freie Stellen müssen ab sofort parallel intern und extern ausgeschrieben werden dürfen. Dadurch werden eine echte Bestenauslese und eine schnellere Besetzung gewährleistet.

Für Beschäftigte des gehobenen technischen Dienstes muss bei der Gebäudewirtschaft wieder der Aufstieg in den höheren technischen Dienst möglich sein, damit Führungspositionen nicht ausschließlich an Hochschulabsolventen, die mitunter über keine oder kaum praktische Arbeitserfahrung verfügen, vergeben werden müssen. Durch eine derartige Perspektive steigt auch die Leistungsbereitschaft bei technischen Beschäftigten des gehobenen Dienstes.

Oftmals ist für die Politik nicht ersichtlich, welcher enormer Arbeitsaufwand durch den Beschluss neuer Projekte für viele Bereiche der Verwaltung entsteht. Um Konsequenzen für die Erledigung anderer Aufgaben durch diese Mehrbelastung besser einschätzen zu können, ist die Verwaltung gefordert, eine übersichtliche Form der Darstellung zu finden. Beispiel: Wenn die Politik den U3-Ausbau beschließt, muss deutlich gemacht werden, dass diese Entscheidung bei weitem nicht nur den Bereich der Jugenddezernentin betrifft. Grundstücke müssen gefunden, neue Kindertagesstätten geplant, errichtet und ausgestattet werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz  
Fraktionsgeschäftsführer